

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 19. Dezember 2012

3448. 2010/108

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 10.02.2010: Meldestelle für Hinweise auf illegal in Zürich lebende Personen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5581/2010): In Zürich lebt eine beachtliche Anzahl von Personen, die nicht hierher gehören. In der Bevölkerung herrscht Missmut über diese Zustände. Zwar gibt es die Möglichkeit, auf dem Polizeiposten Anzeige zu erstatten. Viele Bewohnerinnen und Bewohner befürchten jedoch Vergeltungsmassnahmen seitens der Illegalen beziehungsweise aus dem Kreis ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten. Eine Anlaufstelle, bei der man ohne grossen Aufwand entsprechende Informationen deponieren könnte, wäre dringend nötig. Wir haben bewusst offen gelassen, wie diese Meldestelle aussehen könnte. Die so dringend benötigten Hinweise könnten zum Beispiel auch auf einer Webseite deponiert werden. Die Meldestelle würde die erhaltenen Informationen den Behörden weiterreichen. Die Behörden würden die Verdächtigen überprüfen und für nötige Massnahmen sorgen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Man kann sich schon heute an die von den Postulanten erwähnten Behörden wenden und solche Meldungen vorbringen. Das Postulat ist nicht notwendig.*

Weitere Wortmeldungen:

***Kyriakos Papageorgiou (SP):** Ich äussere meine ganz persönliche Interpretation. Das Ziel des Postulats ist, illegale Ausländer auszuschaffen. Das könnte insgesamt Kosten reduzieren. Ein Teil der Minderausgaben sollte den anzeigenden, aufrechten Schweizerinnen und Schweizern zurückgegeben werden. Diese sollten nicht dem Verdacht des Denunziantentums ausgesetzt werden. Deshalb könnte man ja beantragen, den Text wie folgt zu ändern: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine spezielle Meldestelle eingerichtet werden kann, bei der die Bürgerinnen und Bürger mit einem Schweizer Pass auf eine möglichst einfache Weise zuhänden der zuständigen Behörden Hinweise auf illegal in Zürich lebende Ausländer deponieren können. Bei erfolgreicher Ausschaffung soll die Bürgerin oder der Bürger mit dreissig Silberlingen belohnt werden.»*

2 / 2

Roger Liebi (SVP): *Wir lehnen das Postulat ab. Die Behörden sind bereits vorhanden. Wenn jemand tatsächlich einen Verdacht auf illegal Anwesende hat, soll er sich an die zuständigen Stellen wenden. Ich habe Bedenken gegenüber niederschweligen Einrichtungen. Der Vorstoss ist unnötig.*

Simon Kälin (Grüne): *Die Grüne Fraktion lehnt den Vorstoss klar ab. Das Postulat atmet einen sehr gefährlichen Geist. Mit der Meldestelle wird ein Bespitzelungssystem bezweckt. Man will dem Denunziantentum in der Bevölkerung Vorschub leisten, wie wir es aus den 1930er-Jahren und von totalitären Regierungen gut kennen. Es wäre ein erster Schritt in die absolut falsche Richtung.*

Marc Bourgeois (FDP): *Die FDP hält ebenfalls nichts von Denunziantentum. Wir sind überzeugt, dass es heute durchaus bereits Möglichkeiten gibt, um bei Bedarf aktiv zu werden, zum Beispiel beim Migrationsamt oder bei der Polizei. Diese sechs Vorstösse schießen klar über das Ziel hinaus. Ich bin allerdings erstaunt, wie extrem unbedarft die Stadtpräsidentin das Problem wahrnimmt. Ich muss Steuern, Krankenkassenprämien und zwangsläufig Altersvorsorge bezahlen, muss in den Militärdienst und habe als Schweizer in der Stadt Zürich trotzdem nicht mehr Rechte als illegal Anwesende.*

Alan David Sangines (SP): *Die SP pflegt solche Postulate nicht mit inhaltlichen Debatten zu würdigen. Sie würde das Postulat auch ablehnen, wenn die Textänderung angenommen würde.*

Patrick Blöchlinger (SD): *Wir nehmen die von Kyriakos Papageorgiou (SP) vorgeschlagene Textänderung nicht an.*

Das Postulat wird mit 2 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat